

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Europafragen und Eine Welt

Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 der Vorl. GOLT

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 23. November 2016 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 der Vorl. GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„EuGH stoppt Preisbindung verschreibungspflichtiger Medikamente“.

Begründung:

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 19. Oktober 2016 sein Urteil in einem Vorabentscheidungsersuchen des Oberlandesgerichts Düsseldorf zur Frage, ob eine Preisbindung für verschreibungspflichtige Arzneimittel mit den Rechtsvorschriften über den freien Warenverkehr vereinbar ist, gefällt. Nach Auffassung des EuGH verstößt die deutsche Preisbindung für verschreibungspflichtige Medikamente gegen europäisches Recht. Die Regelung sei eine ungerechtfertigte Beschränkung des freien Warenverkehrs und könne Anbietern aus anderen EU-Ländern den Zugang zum deutschen Markt erschweren.

Die Landesregierung wird hierüber um Berichterstattung gebeten.